



Dr. Heinz Riesenhuber

Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn

„Staat, Wissenschaft und Wirtschaft als Partner einer zukunftsweisenden Forschungspolitik“

Dr. Heinz Riesenhuber
1. Dezember 1935. Deutscher
Politiker und Manager. Geboren
in Frankfurt am Main. Dort und in
München Studium der Naturwissen-
schaften, insbesondere der Chemie.
Ab 1963 für drei Jahre Hochschul-
assistent. 1966–1982 leitende
Positionen in der Wirtschaft, u. a.
als Technischer Geschäftsführer einer
Chemiefabrik. Seit 1961 Mitglied
der CDU, gehört er seit 1976 dem
Deutschen Bundestag an.
1982–1993 Bundesminister für
Forschung und Technologie.
1995 Honorarprofessor.

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich sehr herzlich für den freundlichen Empfang, den Sie mir bereitet haben. Ich komme gerade von der Hannover-Messe, und ich muß sagen, daß das Eindrucksvollste bei dieser Veranstaltung nicht die Produkte und nicht die neuen Systeme waren, sondern die Einstellung mehrerer Aussteller, die mir sagten: „Was wir hier machen, ist heute Spitze, das hat niemand.“ Nun behaupte ich nicht, daß sie alle damit recht hätten. Ob sie letzten Endes recht behalten oder nicht, das wird sich am Markt zeigen. Aber allein die Tatsache, daß sie sich mit einem gesunden Selbstbewußtsein hinstellen und sagen: „Mit dem, was wir machen, sind wir wirklich ausgezeichnet“, zeigt, daß sie bereit sind, für ihren Erfolg am Markt zu kämpfen, und daß sie nicht davon ausgehen, sich in der Zweitklassigkeit einzurichten. Sie gehen vielmehr davon aus – und das ist der einzige Geist, aus dem wir mit dem Problem fertig werden können –, daß wir mit Spitzentechnologien in der internationalen Konkurrenz das Beste anzubieten haben, was heute überhaupt verfügbar ist, und daß wir nur auf dieser Grundlage überleben können. Wenn der Aufschwung mehr sein soll als ein konjunktureller Zyklus, eine Schwankung, die regelmäßig alle drei, vier oder fünf Jahre wiederkehrt, dann muß dies ein Aufschwung sein, der von neuer Technik getragen wird. Es muß ein Aufschwung sein, der von Innovationen ausgeht, sie ausbreitet, in die verschiedensten Bereiche hineinträgt und ihre Nützlichkeit in verschiedenen – zum Teil jetzt nicht einmal absehbaren – Gebieten prüft. Es muß mit einem Wort ein Aufschwung sein, der Neues zum Tragen kommen läßt. Lassen Sie einmal die Diskussion der letzten 10 Jahre Revue passieren: Sie erinnern sich, daß das letzte Jahrzehnt von einer seltsamen Art von Endzeitlichkeit geprägt war: Die Grenzen des Wachstums, die Selbstmordmaschinerie, das Selbstmordprogramm waren die Schlagworte. Es gab eine Fülle von Darstellungen, die mit einem hohen Aufwand an exzellenter Mathematik und einem begrenzten Aufwand an Intelligenz bewiesen haben, daß die Welt eigentlich zu Ende gehen müsse. Die Autoren gingen dabei davon aus, daß die Berechenbarkeit mit einem hinreichenden mathematischen Aufwand sicher sei, und sie gingen ferner davon aus, daß die Extrapolation exponentieller Entwicklungen in einem begrenzten System zum Kollaps führen muß, was per se richtig ist. Allerdings ist das System nur dann begrenzt, wenn der menschliche Geist ihm Grenzen setzt; es handelt sich also immer um Grenzen unserer Horizonte und unserer Perspektiven. Ob sie nun echte Grenzen sind, ob sie dauerhaft unsere Möglichkeiten begrenzen, hängt davon ab, ob wir bereit sind und den Mut finden, den Blick zu erheben und ein bißchen weiter zu schauen.

Die Diskussionen über die „Grenzen des Wachstums“, diese Fülle von mathematischen Weltmodellen, die in den 70er Jahren Mode waren, gingen davon aus, daß Trends extrapoliert werden könnten und darauf Zukunft konstruierbar sei. Sie gingen davon aus – wenigstens bei den Klügeren der Prognostiker –, daß man dies nur in überraschungsfreien Szenarien tun könne, daß man die Überraschungen abgrenzen müsse, daß man aber, wenn man die Überraschungen abgegrenzt habe, sagen könne: Es wird das eintreffen, was wir gesagt haben. Eines der eindrucksvollsten Schlüsselerlebnisse war ein hochintelligentes Buch von Herman Kahn, der vor etwa 15 Jahren geschrieben hat: „Was ich sage, trifft ein, es sei denn, folgendes passiert:“. Und dann hat er in 17 Punkten mit Unterpunkten – es waren fünf Seiten engbeschriebener Stichworte – dargestellt, was alles passieren könnte. Wenn das nicht passiert, sagte er, tritt mein Szenario ein. In der Tat ist das alles nicht passiert. Es passierte aber genau das, was er nicht vorhergesehen hatte, nämlich die Ölkrise. Plötzlich waren alle Prognosen Makulatur. In dem Moment, wo Politik

auf Prognosen aufbauen zu können glaubt, wird sie scheitern, denn alle Prognosen übersehen das, was entscheidend ist und immer gewesen ist: den menschlichen Einfallsreichtum, die Ideen, die Innovationen, die Erfindungskraft, das ganz Neue. Die Szenarien des Club of Rome gingen davon aus, unser größtes Problem sei ein reales Wachstum von 6 bis 8 Prozent, das nicht unterschritten werden könne. Dieses Wachstum sei weltweit nicht zu beherrschen und führe daher notwendigerweise zu einer Erschöpfung der Ressourcen und einer Überlastung der Umwelt insgesamt.

Dies alles ist nicht eingetreten. Unser größtes Problem waren wirklich nicht Wachstumsraten von 6 und 8 Prozent. Unser Problem war im Gegenteil – und zwar sowohl in den Entwicklungsländern wie in den Industrienationen –, daß dieses Wachstum auch nicht annähernd erreicht worden ist. Und dort, wo Wachstum stattgefunden hat, bestand das Problem nicht darin, daß begrenzte Ressourcen verbraucht worden wären. Dieses Wachstum hat – und zwar ohne daß der Staat dies gesteuert hätte – in all den Bereichen stattgefunden, in denen niemand damit gerechnet hatte: Mikroelektronik, Materialentwicklung, Biotechnologie. Dies alles sind aber Bereiche, die nur ein sehr geringes Maß an Ressourcen verbrauchen: Am deutlichsten wird das bei der Materialforschung, die keine Rohstoffe verbraucht, sondern Materialien nutzt, die bis jetzt als wenig nützlich galten. Metalle wurden etwa durch Keramik ersetzt, so daß Motoren mit extremen Wirkungsgraden möglich wurden. In diesem Feld werden nicht etwa vorhandene Ressourcen erschöpft, sondern völlig neue Felder der Aktivität eröffnet.

Die Frage, wohin dies führen kann, weiß niemand zu beantworten, und dies zu prognostizierenengt nur ein. Prognose ist immer nur Fortschreibung des Status quo, nichts sonst, und ist nützlich allenfalls zur Modellbildung, das heißt, um sich an sinnvolle Fragestellungen heranzutasten. Prognosen taugen aber nicht als Grundlage für Strategien. Eine Politik, die glaubt, auf Prognosenzukunft aufbauen zu können und diese Zukunft durch staatliche Gewalt administrieren zu können, ist immer falsch, weil die Prognosen eines gemeinsam hatten: Sie waren immer alle falsch. Je mehr der Staat darauf setzt, je mehr er versucht, die Prognosen zu verfestigen, zu verstetigen, rigide durchzusetzen, desto mehr wird er den Irrtum verfestigen. Die Stärke eines marktwirtschaftlichen Systems, die Stärke des Wettbewerbs im Markt der Güter und im Markt der Ideen liegt darin, daß die Fehlentscheidungen zahlreich sind, daß sie sich aber korrigieren und daß aus der Fülle der Fehlentscheidungen eine Art übergeordneter Vernunft entsteht. Der Staat hat große Stärken, aber er ist nicht behende, denn er kann sich nicht behende korrigieren. Im übrigen kann sich niemand von uns einen behenden Staat wünschen, der sich ständig korrigiert. Dies bedeutet aber andererseits, daß der Staat seine Entscheidungen nicht in einer beliebigen Vielfalt von einzelnen Aussagen verzetteln kann, sondern in den Grundaussagen eindeutig und zuverlässig sein muß.

Wenn Sie sich unter diesen Voraussetzungen anschauen, was sich entwickelt hat und was sich noch entwickeln kann, dann stellt sich die Frage, ob sich die Grenzen des Wachstums heute neu darstellen. Da gab es einmal eine Diskussion, in der behauptet wurde: Wir haben keine Basisinnovationen mehr; das, was wir erfunden haben, hat sich erschöpft, Neues ist nicht mehr zu erkennen. Mit dieser Endzeitstimmung sind wir in eine ziemlich miesepetrige Diskussion geraten. Und das, was für diese Diskussion besonders kennzeichnend war, war das tiefverwurzelte Gefühl, dies sei ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte. Nun ist es so, daß solche „einmaligen Vorgänge“ eine merkwürdige Eigenschaft haben: Sie wiederholen sich ständig. Es gibt da sogar eine umfassende Theorie: Schumpeter von der Seite der Volkswirtschaft und Kondratieff von der Seite der Technologieentwicklung rechnen in fünfzigjährigen Innovationszyklen. Sie fangen 1780 an, in der Zeit von James Watt. Damals wurde das entwickelt, woraus später die Dampfmaschine wurde. Fünfzig Jahre später kamen die Verkehrssysteme, die Kohletechnologie, ein breitangelegtes Gewerbe, die Einführung der nichtortsgebundenen Dampfkraft in die Technologie. Fünfzig Jahre später die Gründerzeit mit einem vielfältigen Gewerbe; Sie können es fortschreiben, und immer war am Ende der Zeit eine Krise und ein Aufbruch, den man sich vorher nicht hat vorstellen

können. Und wenn Sie sich die letzte große Krise vor Augen führen: Die war in den Jahren 1929, 1933, 1934, und wenn Sie 50 Jahre dazuzählen, dann sind Sie in einer ungemein interessanten Zeit. Das heißt also: Der Glaube, das Ende der Welt sei gekommen, wird nur dann tragfähig, wenn eine große Zahl von Leuten dies glaubt. Die klassische „self-fulfilling prophecy“ ist die „prophecy“ der Miesepetrigkeit. Je breiter sie sich durchsetzen kann, desto mehr wird sie sich bewahrheiten.

Die Frage ist, was in der Zeit eines möglichen Aufbruchs Staat und Wissenschaft und Wirtschaft beizutragen haben. Wenn sich der Staat fragt, was er tun kann, ist das erste, daß er versucht, Freiräume zu schaffen. In dem Moment, in dem die Regierung in die Details einer ungemein dynamischen Entwicklung eingreift, wird die Dynamik gebremst. Insofern ist die wesentliche Aufgabe am Beginn einer neuen Entwicklung die, daß der Staat die Leute nicht bei der Arbeit stört. Dies ist eine beachtliche Leistung des Staates. Halten Sie dies weder für selbstverständlich noch für gering. Wenn der Staat die Leute nicht bei der Arbeit stört, ist es eine Grundlage dafür, daß die Leute das tun können, wofür sie eigentlich angetreten sind: ihre Arbeit in ihrem Beruf, ihrem Unternehmen, in ihrem Institut zu leisten. Sie sind nicht vor allem angetreten, um in Gremien zu beraten. Sie sind nicht angetreten, um Haushaltsanträge zu erfüllen, Drittmittel zu verwalten oder Angestelltenverträge zu überprüfen.

Das zweite ist, daß er seinen Laden in Ordnung bringt. Man kann sehr viel darüber sprechen, was in staatlichen Programmen für den Aufschwung getan wird, und im Deutschen Bundestag kann man das auch immer noch hören. Alle diese großartigen Programme der Vergangenheit haben keinen durchschlagenden Erfolg gebracht. Für die Investitionsprogramme oder Arbeitsbeschaffungsprogramme oder wie immer sie hießen wurden im Laufe der letzten 12 Jahre ungefähr 56 Milliarden DM ausgegeben. Der durchschlagende Erfolg in den Arbeitsmärkten ist ausgeblieben. Immerhin haben wir 900 000 Arbeitsplätze in dieser Zeit neu geschaffen – im öffentlichen Dienst. Dort ist es aber so, daß man hier nicht unbedingt das Geld verdient. Ich spreche nicht gegen die Beamten und ihre Aufgaben. Sie machen das redlich und tüchtig, und sie machen das, was die Politiker beschlossen haben. Aber ob dies unbedingt das ist, was uns voranbringt, ist eine Frage, die einer sehr behutsamen Betrachtung bedarf.

Schauen wir uns die andere Seite an, das Gewerbe, das Handwerk, die Industrie: Dort, wo das Geld verdient wird, haben wir in der gleichen Zeit 1,1 Mill. Arbeitsplätze verloren. Das bedeutet also, wir hatten einen Negativsaldo an Arbeitsplätzen von 200 000, und dies trotz der großen Programme, die unsere Verschuldung selbstverständlich hochgetrieben haben. Nun ist der Staat nicht immer weise, aber er sollte lernfähig sein. Nachdem diese Programme also ihre Zeit gehabt haben, nachdem sich ihre Grenzen deutlich gezeigt haben, sollte es jetzt an der Zeit sein, damit Schluß zu machen und diese Diskussion für beendet zu erklären.

Was der Staat in diesem Bereich tun kann, ist vor allem, daß er seinen Laden in Ordnung bringt. Wie kann dies aussehen, und welche Folgen kann dies haben? Ich möchte noch einmal vorausschicken: Ich ziehe keine Bilanz über die Vergangenheit einer Regierung. Ich spreche allenfalls von dem kleinen Schritt des guten Beginns. Wir hatten damals, 1982, einen Haushalt mit 56 Milliarden DM geplanter Verschuldung übernommen. Wir haben die Verschuldung um 16 Milliarden DM heruntergesetzt. Damals ist uns gesagt worden: Das ist nicht solide, ihr werdet einen Nachtragshaushalt brauchen. Das Jahr 1983 ist vorbei, und wir können Bilanz ziehen. Im Jahre 1983 hatten wir keinen Nachtragshaushalt. Wir sind mit den 16 Milliarden DM weniger ausgekommen. Wir haben sogar noch 9,5 Milliarden DM zusätzlich gespart. Wir haben die Verschuldung 25 Milliarden DM unter dem geplanten Niveau gehalten. Dies hat gewisse Folgen gehabt. Es gab einmal eine Diskussion darüber, ob wir uns jemals von den hohen amerikanischen Zinsen abkoppeln könnten. Nun sind diese amerikanischen Zinsen 40 Prozent höher als die unseren. Auch dies hat wiederum seine Folgen, die ich an einem Beispiel zeigen möchte. In dem Moment, in dem die heimischen Zinsen sinken, in dem

sich Festverzinsliche weniger rentieren, hat das Eigenkapital eine größere Chance, gleichzuziehen. Wenn sich dagegen Eigenkapital dramatisch schlechter rentiert als festverzinsliche Wertpapiere, dann braucht man sich nicht moralisch zu entrüsten, wenn die Unternehmer Festverzinsliche kaufen und das Eigenkapital in den Betrieben rückläufig ist. Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, dann können wir über Technologieförderung so lange reden, wie wir wollen, dann geschieht nichts, weil die Struktur falsch ist. Das heißt also, daß der Staat seinen Laden so in Ordnung zu bringen hat, daß – nach diesem Beispiel – am Kapitalmarkt Freiraum ist für die, die – auch mit Risikokapital – in den Kapitalmarkt eintreten wollen. Finanzstrukturen und Unternehmensbilanzen müssen wieder stimmen, damit etwas riskiert werden kann.

Ich möchte stichwortartig noch auf einen dritten Punkt eingehen, und auch er gehört zu dem, was der Staat zu leisten hat. Der Staat hat rechtzeitig einen zuverlässigen Rahmen zu setzen, der sachgerecht ist und auf den man sich verlassen kann. Das gilt für den Umweltschutz ebenso wie für die Sicherheit bei Kernkraftwerken und die Diskussion über Biotechnologie. Nehmen Sie als Beispiel einmal die Kernenergie. Biblis A wurde einmal in 5 Jahren errichtet. Bei Biblis C haben die Sachverständigen der alten Regierung gesagt: „Der Bau von Biblis C wird zwei- bis zweieinhalbmal so lange dauern, aber das Ende ist nicht ganz gewiß.“ Warum? Nicht deshalb, weil der Staat ein Mehr an Sicherheit verlangt, sondern deshalb, weil der Ablauf der Verfahren nicht absehbar ist. Der Staat kann Auflagen erlassen, die teuer und rigide sind. Dies muß er auch machen, und dies ist in Ordnung, und im übrigen wird die Technik damit fertig, wenn sie es rechtzeitig und verlässlich weiß. Aber der Staat – und das ist in diesem Geschäft eine Bringschuld – muß garantieren, daß die Technik in vernünftigen Zeitplänen nach ihren eigenen Gesetzen gebaut werden kann, wenn diese Auflagen erfüllt sind. Und wenn der Staat dies nicht garantiert, dann kann alles verhindert, aber nichts mehr getan werden. Denn der Staat hat dann seine Verantwortung nicht rechtzeitig erfüllt. Wenn der Staat hier keine eindeutigen Beschlüsse faßt, dann weiß niemand, woran er ist; dann wird der Richter den Gutachter und den Gegengutachter und den Gegengutachter bestellen, dann wird die Behörde nicht mehr nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, dann kommt es zu Papieren mit 35 Unterschriften für einen Maschinenteil, dann wird Verantwortung nicht festgemacht, sondern so pulverisiert, daß am Schluß niemand verantwortlich ist. Was nun dabei herauskommt, ist keineswegs eine bessere oder zuverlässigere Technik. Es ist vielmehr eine allgemeine Verhinderung in einem bürokratischen Apparat, der nicht mehr auf das Ziel, Technik verantwortlich zu ermöglichen, ausgerichtet ist, sondern nur noch auf das Ziel, sich gegen Kritik abzusichern.

Sie können dies ebenso in den Bereichen des Umweltschutzes beobachten. Ich möchte wiederum nur ein Beispiel nennen: Es gibt viele Leute, die behaupten, die Großfeuerungsanlagenverordnung sei schmerzhaft. Und ich würde mich sehr wundern, wenn nicht viele von denen auch hier in diesem Kreise säßen. Ihnen möchte ich nur eines sagen: Abgesehen von der ökologischen Notwendigkeit muß eindeutig klar sein, was Norm ist, in welchem Rahmen gebaut werden kann, damit wieder rationale Zeitpläne für die Anlagen gesichert sind. Das Kohlekraftwerk Voerde war damals der modernste Block, der verfügbar war. Als einziges Land in Europa haben wir mit diesem Projekt entschweifelt. Dies war ein Outlet für die Kohle und ein Beitrag zur Stromversorgung, wie sie damals in den Plänen vorgesehen war. Daß dieses Projekt nicht nach seinen eigenen Gesetzen lief, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Bürgschaft gegen die Unsicherheit der eigenen Gerichtsverfahren einbringen mußte, daß der Staat seine eigenen Unternehmen gegen die eigenen Gesetze und Gerichtsentscheidungen versichern mußte, dies ist ein Zustand, den man bei Investitionen in bestimmten exotischen Ländern gewohnt sein mag. Aber daß eine Industrienation Bürgschaften aufbringen muß, um die Unternehmen dagegen abzusichern, daß die Gerichte ihnen untersagen, den Betrieb aufzunehmen, das ist wirklich das Ende einer jeden Rationalität von Technologiepolitik.

Ähnliches gilt auch für die Gentechnologie, eine der neuen Techniken, die ganz neue Möglichkeiten eröffnen. Da mag es neue Industrien geben, von denen wir heute noch nicht träumen. Interferon ist erst ein Beginn und bietet die Möglichkeit, Viren zu bekämpfen, etwas, was als grundsätzlich unzugänglich galt. Biotechnologie bietet einen Einstieg und eine Chance: ein neuer Ansatz der Bekämpfung von Krankheiten vom Schnupfen bis zum Krebs, die Möglichkeit, Pflanzen zu züchten, die Stickstoffdünger nicht mehr brauchen; die Möglichkeit, Bakterien zu züchten, die Abwässer von Stoffen reinigen, die wir bis jetzt noch nicht beherrschen können. In allen diesen Bereichen kann Biotechnologie einiges zustande bringen, wenn sie rechtzeitig und kompetent aufgezogen wird. Hier war es nun so: Auf der Konferenz von Asilomar im Jahre 1975 haben sich die Wissenschaftler einen Ehrenkodex gesetzt. Damals waren wir an der Spitze mit dabei. Damals gab es einen internationalen Aufbruch. Dann fiel die Sache jedoch leider in die Hände der Regierung. Die Regierung hat überlegt: Brauchen wir ein Gentechnologiegesetz? Oder kein Gentechnologiegesetz? Oder vielleicht ein anderes Gentechnologiegesetz? Oder vielleicht doch keines?

Die Regierung kann mit Ja oder mit Nein entscheiden, sie kann aber die Entscheidungen nicht schuldig bleiben. Der Staat muß einen Rahmen setzen, der verlässlich ist. Wenn über Jahre hinweg nicht klar ist, ob ein Gesetz kommt und was es vorschreibt, dann kann in dieser Zeit ein Labor nicht gebaut werden, denn alle warten ab, bis die Normen feststehen. Unter diesen Umständen verlieren wir den Anschluß bis zu einem Punkt, daß ein mittelständisches Unternehmen, die Hoechst AG, 50 Mill. DM und mehr ausgibt, um sich in den USA in diese Technik einzukaufen, weil sie sie in Deutschland nicht mehr erreicht.

Wenn der Staat den Rahmen nicht setzt, kann sich Technik nicht entwickeln. Wenn der Staat die Netze nicht legt, gibt es keine Endgeräte; wenn es keinen Markt für Endgeräte gibt, gibt es keine Fertigung und damit auch keine Technik, die in den Weltmärkten konkurrenzfähig ist. Es gibt also auch keine Industrie, die in Konkurrenz die besten Produkte entwickelt, und es gibt keine weitere Entwicklung. Wenn an einer Stelle, wo der Staat in einer Schlüssel-funktion ist, die hoheitlichen Aufgaben nicht erfüllt werden, dann kann eine ganze Industrielandschaft so lange zurückgehalten werden, bis die anderen die Technik flächendeckend optimiert haben und mit einer ausgereiften Technik auf unsere dann offenen Märkte kommen. Und dann sind die Chancen unserer eigenen Industrie, sich zu entwickeln, sehr begrenzt.

Meine Damen und Herren, dies können Sie in den verschiedensten Bereichen verfolgen. Vor 10 bis 15 Jahren kam die große Diskussion auf: Können wir Erze aus der Tiefsee gewinnen? Können wir die Manganknollen des Pazifiks auf Kupfer und Mangan, auf Kobalt aufarbeiten? Können wir aus den Schlämmen des Roten Meeres Zink und Kupfer gewinnen? Liegt hier die Chance für eine völlig neue Rohstoffquelle? Wir haben damals die Techniken entwickelt und waren international an der Spitze. Wir haben Konsortien vorbereitet und eine solide Zusammenarbeit aufgebaut. Der Staat hat Dutzende von Millionen DM dazubezahlt. In dieser Zeit aber, in der der Staat sehr viel Geld aufgewendet hat, ist faktisch die Seerechtskonferenz verschlafen worden, die die Meere neu aufgeteilt hat. Der Zugang unserer Industrie zu den Meeren, die Möglichkeit, mit neuer Technik neue Ressourcen zu erschließen, den Beitrag zu leisten, den nur eine hochentwickelte Industrienation erbringen kann, haben wir verschlafen. Wenn der Staat seine hoheitliche Aufgabe nicht erfüllt, die niemand außer ihm selbst erfüllen kann, dann kann er sonst noch an technischer Förderung leisten, was er will, diese Technik findet nicht statt. Hier müssen Voraussetzungen entstehen, damit eine Industrielandschaft aus Rationalität und Berechenbarkeit sich entwickeln kann und Mut, Erfindungsgeist und Unternehmensgeist überhaupt ihren Platz finden.

Wenn wir an dieser Stelle einmal betrachten, wie unsere Chancen in der Industrielandschaft sind, dann können wir auf Artikel stoßen, die in ausländischen Zeitschriften etwa unter der Überschrift „the decline of Europe“ erscheinen. Ich halte dagegen, daß Europa etwa allein mehr exportiert als die USA und Japan zusammen. Unser Einkommen und unsere Sozialleistungen

sind gleichwertig oder höher. Bei den Technologien haben unsere Konkurrenten, insbesondere Japan, in einzelnen Märkten spektakuläre und exzellente Erfolge erzielen können. Aber dies entscheidet noch nicht die Auseinandersetzung. Dies ist eine einzige Etappe in einer langen Auseinandersetzung um die Entwicklung künftiger Märkte, in der wir nur dann verloren haben, wenn wir jetzt plötzlich den Mut verlieren.

Die Frage, wie die Voraussetzungen für einen Erfolg sind, läßt sich von verschiedenen Seiten angehen.

Ich möchte jetzt nicht ausführlich über einen der großen Aktivposten unseres Landes sprechen, nämlich über die Fähigkeit zur Zusammenarbeit, über die Arbeitsdisziplin, die Pünktlichkeit, die Termintreue und die Werktreue. Alle diese Fähigkeiten sind jahrelang als „kapitalistische Tugenden“ diffamiert worden. Ich komme aus Hessen und habe daher unmittelbar verfolgen können, welche Wirkung Schulreformen gehabt haben, wie den Eltern genau erklärt worden ist, wie sie mit ihren Kindern umzugehen hätten, und den Kindern genau erklärt worden ist, wie sie im Konflikt zu reifen hätten. Dies alles ging von Leuten mit einem ungemeinen theoretischen Wissen und einer ausgeprägten Fähigkeit aus, alles vom grünen Tisch her zu planen. Mit der Wirklichkeit und den wirklichen Möglichkeiten hat dies alles jedoch nichts zu tun. Wer die „kapitalistischen Tugenden“ herabsetzt, hat nicht verstanden, daß wir nur auf dieser Grundlage wirklich vernünftig arbeiten können. So unwahrscheinlich es klingt: Arbeit ist nützlich, um zu leben, und sie hilft, um Probleme zu lösen. Mir scheint es wirklich wichtig, diesen Zusammenhang wieder einmal klarzumachen. In manchen Diskussionen hat es den Anschein gehabt, als ob der Wohlstand von selbst zuwachse und das Problem darin bestünde, ihn gerecht zu verteilen und immer neue Gruppen zu entdecken, die interessante Ansprüche stellen können.

Die Entdeckung der letzten eineinhalb Jahre – und sie scheint sich wirklich durchzusetzen – war, daß Arbeit etwas mit Wohlstand zu tun hat, daß Erfolg etwas mit Leistung zu tun hat und daß Erfolg nicht Gegenstand des Neides, sondern Gegenstand des Stolzes und des Nacheifers ist.

Wenn wir von diesen grundlegenden Tugenden einmal absehen und uns die Strukturen betrachten, dann ist eine der großen Stärken, über die wir verfügen, eine funktionierende Grundlagenforschung von hohem Rang. Dabei wird häufig auf die begrenzte Grundlagenforschung der Japaner und auf ihren vehementen Erfolg auf den Weltmärkten verwiesen. Nun, allerdings hat sich die Situation geändert: Die Japaner müssen jetzt, da sie an der Spitze stehen, eine eigene intensive Grundlagenforschung aufbauen. Hier sehen wir, daß diese hervorragende klassische Struktur unserer Grundlagenforschung ein ungemein nachhaltiger Wettbewerbsvorteil sein kann, wenn wir sie nutzen und zur Entwicklung bringen.

Der Staat hat in erster Linie dafür zu sorgen, daß sich Grundlagenforschung frei vollziehen kann. Je mehr der Staat der Grundlagenforschung ihre Freiheit läßt – Freiheit nicht nur in den Methoden, sondern auch in der Wahl von Gegenstand und Ziel –, desto besser wird die Grundlagenforschung sein. Freiheit der Grundlagenforschung ist nicht nur deshalb wichtig, weil sie im Grundgesetz steht. Ich spreche dafür, weil eine Grundlagenforschung nur dann gut sein kann, wenn sie frei ist. Und wir brauchen eine exzellente Grundlagenforschung, wenn wir eine gute Technik haben wollen. Der Staat hat hier einen ausreichenden und kontinuierlichen Finanzrahmen zu schaffen und an den Stellen, wo große Investitionen notwendig werden, dies ungemein sorgfältig mit der ganzen wissenschaftlichen „community“ auszudiskutieren.

Und wenn wir morgen, Herr Kollege Sinn, hier in Hamburg den Vertrag zu „Hera“ unterschreiben, dann können wir sicher sein, daß dies ein herausragendes Projekt ist: Es ist ausgewiesen durch ein exzellentes, international anerkanntes Institut, durch eine hohe technische Kapazität und schließlich darin, daß hier Leistungen geboten werden, die zu einem vertieften Verständnis unserer Welt beitragen. Wenn Archäologen in vielleicht tausend Jahren die großen Kulturen vergleichen werden, dann können sie durchaus über die städtebildende Kraft der Griechen sprechen oder über die architektonischen Leistungen der Ägypter; aber wenn sie sich das Abendland ansehen, wird die

große kulturelle Leistung des Abendlandes das Verständnis der Naturgesetze und die Fähigkeit sein, aus dem Verständnis der Naturgesetze Natur verantwortungsvoll zu gestalten.

Insofern ist Grundlagenforschung hier einer der großen Motoren, eine der großen Triebkräfte für unsere gesamte Kultur und auch für unsere Technik. Aber sie wird für die Technik und für die Wirtschaft nur dann fruchtbar sein, wenn sie in eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eingebettet ist; nicht so, daß die Wirtschaft Gegenstände bestimmt, sondern daß sie begreift, welches die Ergebnisse sind und wie sie nützlich gemacht werden können. Der Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft muß funktionieren. Wenn wir davon ausgehen, daß Grundlagenforschung und Wirtschaft für sich die richtigen Strukturen haben, dann sehe ich in der Zusammenarbeit zwischen beiden Bereichen eine der wesentlichen Aufgaben für die Zukunft. Der Aufstieg der Chemie ist ein Beispiel dafür, wie aus einer engen Verklammerung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig sich entwickeln konnte. Dabei hatten wir in den letzten 15 Jahren manchmal eine überaus seltsame Diskussion, in der behauptet wurde, Vertragsforschung sei Verrat an der Wissenschaft oder bedeute Prostitution. Wenn man das den Professoren hinreichend nachdrücklich nahebringt, dann verlieren sie die Lust an der Vertragsforschung, und Vertragsforschung findet folglich nicht statt. Unter diesen Umständen haben wir in Deutschland ausgezeichnete und hochinteressante Ideen und Erfindungen, und wir finden hervorragende Produkte auf unseren Märkten, aber nicht „Made in Germany“, sondern „Made in Japan“ oder „Made in USA“, weil die schneller gelesen haben, was wir entdeckt haben, weil sie es schneller und präziser umgesetzt haben. Daher muß sich bei uns die Zusammenarbeit des Wissenschaftlers mit dem Unternehmer ganz wesentlich verstärken. Ich rede jetzt nicht von großen Transfersymposien. Ich rede vielmehr davon, daß die Beteiligten einmal ein Bier miteinander trinken müssen und einfach einmal von ihren Problemen erzählen. Wo können wir ansetzen, um dies zu erreichen? Glauben Sie bitte nicht, daß es eine Aufgabe des Staates wäre, dies zu organisieren. Ich habe ein ungemeines Mißtrauen in das große Vertrauen, das viele in den Staat haben. Das hat eine außerordentlich prekäre Folge. Viele glauben: Wenn wir nur großes Vertrauen in den Staat haben, dann muß er es schon richten, und ich kann mich ausruhen. Die Sache funktioniert aber nur dann, wann die, die etwas davon verstehen, dieses tun. Der Staat verfügt auch über Wissen, aber nur über vermitteltes Wissen. Und wenn die ganze Sache erst von unten nach oben und dann von oben wieder nach unten geht, dann haben wir das, was unter „Bürokratien“ gelegentlich beklagt wird. Der Staat kann helfen, kann Anstöße geben, aber nicht mehr. Ich habe ein kleines Programm über die Vertragsforschung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft vorgefunden. Ich habe dieses Programm verdreifacht. Dabei setze ich nicht darauf, daß ich mit einem fiskalischen Programm die Welt verändern könnte, sondern darauf, daß Geld einen ausgeprägten Signalcharakter hat. Bei diesem Programm zur Vertragsforschung definiere ich die Projekte nicht aus. Es ist nicht meine Aufgabe zu sagen, welches Projekt an welcher Stelle angemessen ist. Ich schaffe vielmehr die Voraussetzungen, damit es sich dann, wenn Wissenschaftler mit Wirtschaftlern zusammenarbeiten, für beide ein bißchen mehr lohnt. Im übrigen prüfen wir z. Z. auch, ob wir den Professoren nicht noch ein bißchen mehr disponible Drittmittel zur Verfügung stellen können, damit sie innerhalb ihrer Forschung auch Geld für das haben, was man als „Spielecke“ bezeichnen kann, in der einem auch einmal etwas einfällt. Denn gerade dort und nicht in den großartigen Programmen entstehen die eigentlichen Ideen.

Als ich vor einem Jahr in Hamburg mit Herrn Illies gesprochen habe, da hat er mir von der TU Hamburg-Harburg erzählt, wo wir morgen den Grundstein legen werden. Er sagte, er halte es für eine ganz wichtige Sache, daß man von vornherein mit den Professoren spricht und daß man sich auf Initiative der Kammer zusammenfindet. Hier sehe ich die Chance, daß sich von selbst etwas entwickelt. Hier haben die Kammern eine wesentliche Aufgabe. Eine Stadt oder ein Land kann dafür sorgen, daß ein Technologiepark entsteht und daß die jungen Unternehmer, die gründen wollen, nicht vorzeitig an fehlen-

der Infrastruktur scheitern. Ein Flop soll keine lebenslange Katastrophe werden. Wenn jemand, der etwas riskiert, scheitert, dann ist das ein ganz normaler Vorgang. Schlimm wird die Sache erst, wenn die ganze Welt von diesem Mann sagt: „Aha, ein Pleitier, der hat Konkurs gemacht.“ In den USA gibt es da eine ganz andere Einstellung: Wenn ein Mann etwas beginnt und dabei scheitert, dann hat er halt Pech gehabt, dann versucht er es wieder, sei es als Angestellter oder mit einer neuen Idee. Er hat aber einen neuen Anfang. Wenn er jedoch hier für sein Leben lang gezeichnet ist und entmutigt wird, dann bekommen wir eben nicht die Fülle der Neugründungen, die wir brauchen. Deshalb muß hier alles zusammenkommen, was einem Neugründer helfen kann: Beratung der Kammern, Online-Verfügbarkeit von Daten, Zugriff auf Datenbanken, Beratung von Universitäten, Beratung durch erfahrene Manager, die in Pension gegangen sind, kaufmännische Beratung von jungen Technikern. In diesem Zusammenhang haben wir auch unser Programm für „technologieorientierte Unternehmensgründungen“ – leider kein schönes Wort – entwickelt. Die Hauptsache an diesem Programm ist nicht, daß wir 100 oder 200 Mill. DM bezahlen. Der Punkt ist vielmehr, daß wir gemeinsam erfahren, wo die Hemmnisse sind, daß wir dem jungen Unternehmer, dem Techniker, zeigen, wie er einen Prototyp entwickelt, den eine Bank begreift. Hier sehe ich im übrigen einen weiteren wesentlichen Punkt: Das Geschäft mit dem Risikokapital ist kein neuer Bankschalter. Es ist vielmehr ein technisches Geschäft mit einem soliden Finanzhintergrund. Hier müßten intelligente Leute Produkte beurteilen, die es noch gar nicht gibt, die oft für Märkte bestimmt sind, die es noch gar nicht gibt, sondern die erst von diesen Produkten geschaffen werden. Wenn Sie die „venture-capital-firms“ in den USA anschauen, dann werden Sie feststellen, daß Geld nie das herausragende Problem ist. Wenn Sie eine interessante Idee haben und zeigen können, daß sie gut ist, dann ist immer Geld vorhanden. Die Frage ist nur: Wie zeige ich, daß diese Idee gut ist?

Vor eineinhalb Jahren war das Thema Risikokapital/Neugründung noch ein wenig exotisch. Damals gab es durchaus Leute, die mit dem Kopf gewackelt haben, aber nicht zustimmend. Inzwischen ist es ein Thema, das auf breiter Front diskutiert wird. Und zwar deshalb, weil dieses Problem jetzt als eine Chance und eine Herausforderung aufgegriffen wird, etwas zu gestalten. Und jetzt sehe ich, wie alle Beteiligten – Banken, Großfirmen, amerikanische venture capital firms – sich zusammentun und eine neue Firma gründen, wie Sparkassen Fonds auflegen und versuchen, sich technisches Know-how anzueignen. Alle staatlichen Maßnahmen, die hier eingeleitet worden sind, halte ich dann für gut, wenn sie sich erledigen: Entweder sie haben Erfolg, dann muß der Staat heraus und die anderen müssen sie übernehmen, oder sie haben keinen Erfolg, dann ertrage ich das auch, denn wir haben es wenigstens einmal probiert. Nehmen Sie bitte den Erfolg staatlicher Projekte nicht als Maßstab für die Intelligenz staatlicher Forschungspolitik. Mir hat einmal ein – im übrigen tüchtiger und fleißiger – Referatsleiter gesagt: Herr Riesenhuber, mit mir werden Sie keinen Kummer haben; ich habe im letzten Jahr 30 Projekte gehabt, und alle waren ein Erfolg! Ich habe ihm entgegnet: Verehrter Herr Doktor, wenn das so ist, dann ist Ihre Forschungspolitik von Grund auf falsch; denn eine Forschungspolitik, die immer nur Erfolg hat, reproduziert nur den Stand der Technik. Ein Unternehmen, das sich keine Flops im Forschungsbereich leisten kann, tritt auf der Stelle und geht den Weg der Innovation allenfalls mit Trippelschritten. Nur dann, wenn man sich den Sprung zum Flop oder zum erheblichen Erfolg erlauben kann, dann kann es einen Durchbruch geben und etwas Neues entstehen. Und wenn dies von Banken und Unternehmen verstanden wird, dann entsteht hier etwas, das sich aus eigener Vitalität weiterentwickeln kann und der staatlichen Hilfe nicht bedarf.

Vor ungefähr einem Jahr hatte ich eine Veranstaltung bei einer Großforschungseinrichtung. Ich habe damals zu einigen hundert Wissenschaftlern gesprochen und dabei den jungen Leuten gesagt: Sie arbeiten in dieser Großforschungseinrichtung marktnah. Warum hat von Ihnen im vergangenen Jahr nicht ein einziger neu gegründet? Da stand ein junger Mann auf, vielleicht 30 oder 35 Jahre alt, und sagte: Herr Riesenhuber, das haben wir uns auch schon

oft überlegt. Wissen Sie, wenn man uns garantieren könnte, daß wir unsere Altersversorgung mitnehmen können ...

Meine Damen und Herren, wenn sich die Landschaft so entwickelt, daß sich junge Leute von 30 Jahren überlegen, eine wie hohe Pension sie in 30 oder 35 Jahren beziehen werden, und auf dieser Frage ihre Lebensentscheidung aufbauen, wenn sie nicht mehr den Reiz, den Spaß am Risiko, ihre Kraft zu erproben verspüren, dann können wir von Staats wegen soviel administrieren, wie wir wollen, dann wird sich nichts ändern.

Ich habe den 16 000 Wissenschaftlern in den Großforschungseinrichtungen jetzt folgendes angeboten: Wenn jemand in die Wirtschaft hinausgeht und als Partner in einen mittelständischen Betrieb geht oder neu gründet, dann soll er die Möglichkeit haben, am Ende des dritten Jahres wieder in seine alte Stelle zurückzugehen. Dann kann er einen Flop verkraften, und ich kann in diesen drei Jahren einem jungen Wissenschaftler eine Chance geben. Wenn jemand aber als Unternehmer Erfolg hat und dann mit einer größeren Limousine vorfährt und seinen früheren Kollegen und Vorsitzenden die Forschungsaufträge erteilt, dann kann der Neid – über den ich eben einige kritische Bemerkungen gemacht habe – durchaus auch etwas Positives bewirken: Dann halten es die ehemaligen Kollegen nicht mehr aus, und das ist genau der Punkt, an den wir kommen müssen, denn dann bekommen wir die Beweglichkeit, die alles das, was sich an traditioneller Behäbigkeit entwickelt hat, überwindet.

Ich habe Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier nur sehr wenige Bemerkungen vorgetragen. Ich möchte auch gar nicht versuchen, einzelne Programme zu den verschiedenen Fragestellungen – Weltraum, Umwelt, Biotechnologie, Energie vorzutragen. Es kommt nicht darauf an, daß wir diese Programme handwerklich gut durchführen. Das Wesentliche ist, daß wir die Strukturen, auf die wir hinarbeiten müssen – jeder in seiner Verantwortung –, verstehen.

Um es nur an einem Beispiel anschaulich zu machen: Mikroelektronik wird wahrscheinlich für dieses Jahrzehnt die Schlüsseltechnologie sein. Im nächsten Jahrzehnt wird wahrscheinlich die Biotechnologie eine wesentliche Rolle spielen; vielleicht auch noch ganz andere Technologien, an die wir jetzt überhaupt noch nicht denken. Andere Länder wenden hier erhebliche Summen auf: Allein die japanische Post steckt 1 Milliarde DM pro Jahr in die Grundlagenforschung für den Bereich Mikroelektronik. Nun gibt es Leute, die beklagen, daß das Kabinett nun 3 Milliarden DM für Mikroelektronik eingeplant hat. Ich sage, daß dies winzige Zahlen sind. Gemessen an den 40 Milliarden Dollar des Pentagons sind 600 Millionen DM pro Jahr wirklich nicht gewaltig. Und ich glaube, daß dieses Programm vernünftig angelegt ist. Entscheidend ist, daß der Staat die Projekte nicht in seiner überlegenen Hoheit ausdefiniert und daß der Unternehmer nicht für einen Bericht an den Staat, sondern für sein eigenes Geld und sein eigenes Projekt kämpft. Nur dann wird es gut. Unsere Programme sind zeitlich begrenzt. Wir können aber damit den Schub in die Märkte erzielen – dort, wo wir jetzt Technik in breiter Anwendung erreichen müssen –, und zwar als Signal, das aufgenommen wird. Und wenn ich sehe, wie das Mikroelektronikprogramm läuft und was sich in diesem Markt getan hat – es ist im übrigen zu weit über 90 Prozent ein mittelständisches Programm gewesen –, dann ist das etwas, was vernünftig angelegt ist und die Initiative des einzelnen nicht steuert, sondern freisetzt.

Wenn wir in dem Programm zunehmend mit der Konstruktion eines Verbundprojektes arbeiten, dann deshalb, weil wir sagen: Es gibt Projektstrukturen – etwa Röntgenlithographie –, die für das einzelne Unternehmen zu komplex sind. Deshalb fassen wir wissenschaftliche Kapazitäten zusammen, damit Wissenschaftler aus verschiedenen Unternehmen zeitlich begrenzt an einem klar definierten Projekt arbeiten können. Dann aber spritzen die Unternehmen wieder auseinander und konkurrieren gegeneinander. Aber sie haben auf Zeit die unterkritische Masse technischer Intelligenz so zusammengefaßt, daß das wesentliche Ergebnis erzielt worden ist.

Hierzu gehört auch, daß der Postminister verkabelt, daß er die neue Technik so schnell wie möglich zur Anwendung bringt, daß wir die Investitionskraft der Post von 12 bis 15 Milliarden DM im Jahr auf innovative Produkte hin-

lenken, und zwar zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Dazu gehört ferner, daß wir den Verteidigungsminister mit seiner Nachfragemacht ins Spiel bringen, daß er nicht nur die bewährten Natonormen übernimmt, sondern schaut, was als „Spinn-off“ der zivilen Technik an Mikroelektronik verfügbar ist und was er braucht. Dazu gehört schließlich, daß wir die öffentliche Nachfrage, die Verdingungsordnung für Leistung, so ausbauen, daß nicht nur die bewährten Produkte und Anbieter ihre Chance haben, sondern daß auch innovative Produkte für die öffentliche Hand in Frage kommen. Im Programm „ESPRIT“ haben wir die mikroelektronische Forschung in einen europäischen Rahmen gestellt. Hier sind nicht etwa die 1,7 Milliarden DM der Punkt. Das Entscheidende an der Sache ist vielmehr, daß wir Strukturen so aufbauen, daß Unternehmen bei der Entwicklung einer Technik über Nationengrenzen hinweg zusammenarbeiten. Dies muß von Anfang an geschehen, damit Normenunterschiede gar nicht erst entstehen.

Und wenn es so ist, daß Geld Signale gibt – und nicht mehr –, dann bitte ich, Programme nicht an ihrem Volumen zu messen. John Diebold sagte einmal zu mir: Es kommt nicht darauf an, daß die Müllabfuhr teuer ist, sondern es kommt darauf an, daß die Straßen sauber sind. Es geht also nicht darum, möglichst viel Geld in Programme einzubringen, sondern es geht darum, was an Technik bei diesen Programmen herauskommt. Und dies hängt sicher nur in sehr begrenztem Maße vom Geld ab.

Ich habe Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige Instrumente darzulegen versucht. Über eines habe ich noch nicht gesprochen, nämlich über die klassische direkte Projektförderung. Diese dürfte Ihnen aber bekannt sein. Wir hatten eine Zeit, in der 93 Prozent der Forschungsmittel des Staates in die direkte Projektförderung gingen und in der der Staat kraft seiner Hoheit entscheiden wollte, wer welches Projekt machen sollte.

Die direkte Projektförderung hat den großen Nachteil – und gerade für den Mittelstand, in den man sie hineingetragen hat –, daß der Mittelstand in der Regel die Zeit nicht abwarten kann, bis geprüft worden ist. Er muß schnell, präzise und genau auf den Markt reagieren. Wenn er aber beim Staat vorstellig wird, wenn der Antrag ausgefüllt zurückkommt, überprüft wird, neu geschrieben wird, an den Gutachter geht, dann hat der Unternehmer vielleicht nach 3 oder 5 Monaten die Nachricht, aber der Markt kann sich radikal verändert haben. Wenn der Unternehmer dann Staatsgeld bekommt, ist sein Konkurrent möglicherweise schon mit dem Verkauf seiner fertigen Produkte beschäftigt. Manchmal ist es eben die Alternative, ob jemand Staatsgelder oder Produkte bekommt. Und vor diese Alternative will ich niemanden stellen.

Eines möchte ich noch dazu sagen: Der Glaube, daß eine noch so intelligente Bürokratie – und wir haben außerordentlich intelligente Beamte – imstande wäre, ein Projekt zu beurteilen, ist ein grundsätzlicher Irrglaube. Ein Projekt ist etwas völlig anderes als seine Papierform. Wenn Sie fragen, ob ein Projekt gut ist, dann sollten Sie in der Regel nicht den Gutachter fragen, sondern sich den Mann anschauen, der hinter dem Projekt steht. Wenn ein Mittelständler mit einem Projekt kommt und sagt: Das ist mein Geld, das darin steckt, dann wird er mit Zähnen und Klauen dafür kämpfen, daß es auch ein Erfolg wird. Ob er für Staatsgelder ebenfalls mit Zähnen und Klauen kämpfen wird, ist zumindest offen. Ich möchte betonen, daß ich jetzt nicht generell gegen die direkte Projektförderung spreche; ich kann etwa den schnellen Brüter nicht indirekt fördern. Beim schnellen Brüter war es so gewesen, daß er ständig in neue Dimensionen hineinwuchs. Wenn 100 Mill. DM ausgegeben worden waren, wurde er um 180 Mill. DM teurer. Wenn ein Jahr lang daran gearbeitet worden war, hatte sich die Bauzeit um eineinhalb Jahre verlängert. Wenn Sie das extrapolieren, haben Sie im Grenzfall eine totale Beschäftigung unserer gesamten Volkswirtschaft mit diesem Projekt mit einer Fertigstellung im virtuell Unendlichen. Dies ist nicht unbedingt erwünscht. Was war nun der Grund dieser Entwicklung? Wie bei allem Großen ist der Grund ganz klein und einfach, nämlich: Die Wirtschaft hatte sich hieran mit 8 Prozent beteiligt. Und nun hatten wir eine Lage, die sehr interessant war: Die Reaktorbauer hatten keine ausgefüllten Kapazitäten; sie waren froh um jeden zusätzlichen

Auftrag, auch für die Konstruktionsbüros. Der TOV freute sich über neue Gutachten, er hat neue Leute eingestellt. Die Beamten haben mehr prüfen müssen, weil mehr Fragen gestellt wurden. Die Beamten haben dadurch mehr Beamte unter sich bekommen, was auch heute noch für manche Beamte als wertvoll gilt. Alle waren also interessiert daran, daß die Kosten zu Lasten des Staates steigen. Wenn alle interessiert sind, dann ist der Staat absolut hilflos. Dann steigen die Kosten, und zwar exponentiell.

Wir stehen heute in einer etwas günstigeren Lage. Seit Oktober 1982 haben sich die Kosten nicht mehr verändert. Damals betragen sie 6,5 Milliarden DM, heute sind es immer noch 6,5 Milliarden DM. Auch das ist noch viel Geld. Die Zeitpläne haben sich verändert, sie sind nämlich verkürzt worden. Wie konnte dieses geschehen? Nicht wegen der Genialität der Administration, auch nicht der Bundesregierung, so großartig sie ist, ich habe da wirklich ein Urteil. Aber der eigentliche Grund war der, daß wir uns mit der Wirtschaft zusammengesetzt haben und uns darauf geeinigt haben, daß die Wirtschaft nicht 8 Prozent, sondern 56 Prozent zahlt und die letzten 200 Millionen DM ganz allein übernimmt. Und was hat sich jetzt geändert? Die Unternehmen kämpfen zum erstenmal für das eigene Geld. Jede Mark, die sie unter 6,5 Milliarden DM bleiben, ist zu 100 Prozent eigenes Geld. Ich habe vor kurzem mit einem sehr tüchtigen mittelständischen Betrieb gesprochen. Da sagte mir der Besitzer: Herr Riesenhuber, wir sind Ihnen eigentlich ziemlich böse, denn bis jetzt war das Geschäft beim schnellen Brüter eine großartige Sache. Aber seit eineinhalb Jahren läuft alles ganz anders: Bei allem, was kommt, müssen wir einen Voranschlag machen, der wird gedrückt, und dann kommt die Rechnung, und auch die wird nochmals überprüft. Dies alles kann ich aus mir selbst nicht bewirken. Aber wenn ein Generalunternehmer dahintersteht, der für sein eigenes Geld kämpft, dann sieht die Sache anders aus. Und deshalb meine ich, daß direkte Projektförderung bei großen Projekten notwendig ist, daß es aber hier ungemein wichtig ist, daß wir die Wirtschaft soweit wie möglich und so früh wie möglich in die Verantwortung bekommen. Je anwendungsnäher dieses Projekt ist, desto stärker muß die Wirtschaft einbezogen sein. Sonst bekommen wir weiße Elefanten, die keine Nachfolgeprojekte haben und für niemanden nützlich sind, außer für die Herrlichkeit des Staates, der gezeigt hat, daß hier eine Technologie in die Landschaft gestellt werden kann.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich noch eine bescheidene Bitte vortragen. Wenn manchmal gefragt wird, was eigentlich die Voraussetzung für unseren großen Erfolg in den fünfziger Jahren war, dann spielt nach meinem Eindruck ein Punkt eine sehr wichtige Rolle: Eine der wesentlichen Stärken war damals ein breiter Konsens über die Vernunft und die Verantwortbarkeit und die Technik. Nun kommt eine solche Zeit gewiß nicht wieder. Die Art der Probleme, vor denen wir jetzt stehen, ist anders; die Probleme sind komplexer geworden, und vieles, was wir damals mit einem gewissen, ja fast naiven Vertrauen gesehen haben, ist heute eine Sache, die uns arg bedrückt. Trotzdem kommt es darauf an, daß wir wieder in einer vernünftigen Weise zu diesem grundlegenden Konsens finden, daß wir die Probleme aufarbeiten, daß wir Umweltrisiken verstehen und mit den richtigen Rahmenbedingungen einfangen. Vor allem kommt es darauf an, daß wir die begründete Überzeugung vertreten, daß wir mit diesen Problemen fertig werden können, und daß wir nicht immerfort darüber reden, es würde alles noch viel schlimmer. Wir müssen vielmehr die Rahmenbedingungen schaffen, unter denen es wirklich besser wird, aber unter denen zugleich die Sicherheit besteht, daß die Technik durchgesetzt werden kann. Hier müssen wir auch die Diskussion über Mikroelektronik und Arbeitsplätze offensiv und von der Sache her aufnehmen und sie nicht delegieren. Hier müssen wir klarmachen, daß wir die Arbeitslosigkeit nicht in den Branchen und nicht in den Regionen haben, wo wir die neuen Techniken einsetzen, sondern daß wir die Arbeitslosigkeit überall dort haben, wo wir die neuen Techniken nicht eingesetzt haben. Hier müssen wir klarmachen, daß unsere Chancen in den Weltmärkten darin bestehen, die beste verfügbare Technik so schnell wie möglich und so gut wie möglich umzusetzen. Hier dürfen wir nicht leichtfertig über Risiken hinweggehen,

sondern müssen versuchen, sie zu verstehen und gemeinsam mit denen an ihnen zu arbeiten, die in der Wissenschaft oder bei den gesellschaftlichen Gruppen verantwortlich sind. Hier müssen wir die grundsätzliche Bereitschaft der Gewerkschaften aufgreifen, neue Technologien zu unterstützen. Dies alles verlangt einen vernünftigen gesellschaftlichen Konsens. Und dieser Konsens entsteht sicher nicht durch die Politiker allein. Wir können dies nur schaffen, wenn Sie sich über Ihre Pflichten in Ihrem Beruf, in Ihrer Arbeit hinaus einlassen in einen frustrierenden und schwierigen Dialog, aus dem aber allein Verständnis und Konsens, Verantwortung und Zusammenarbeit entstehen können. Aus diesem Dialog kann eine Zukunft entstehen, die aus Unternehmungsgeist und Wissen, aus Tatkraft und Verantwortlichkeit gebaut ist. Wir arbeiten ja nicht dafür, einige Jahre schön und angenehm zu verbringen, sondern wir arbeiten dafür, daß wir eine Grundlage legen für die Arbeit und das Leben unserer Kinder und daß sie Freude haben an der Welt, die sie dann aus eigener Kraft gestalten können. Eine Welt, die nicht zugebaut ist, weder durch Bürokratie noch durch Miesepetrigkeit und Endzeitstimmung, sondern die offen ist, die immer wieder neu verteilt wird, die dem gehört, der bereit ist, sich der Herausforderung zu stellen und sie aus eigener Kraft zu gestalten. Und daran wollen wir – ich bitte Sie herzlich – zusammen arbeiten, ein jeder an seiner Stelle. ■